

Die Partei des Wandels

Die CDU will den Wandel unserer Zeit aktiv gestalten. Wir wollen das, was sich bewährt hat, bewahren, um den Menschen Sicherheit zu geben. Wir „demobilisieren“ nicht unsere Gegner, wir stellen uns der kontroversen Debatte. Ein Essay.

Von Friedrich Merz

Geschichte wiederholt sich nicht, so sagt man. Und doch gibt es auch im Leben einer Partei Dinge, die sich wiederholen. So ist es der CDU nun schon zum dritten Mal in ihrer Geschichte nicht gelungen, die Nachfolge im Vorsitz der Partei nach einer langen Amtszeit abermals für eine längere Zeitspanne zu regeln. Ludwig Erhard folgte auf Konrad Adenauer nur für ein Jahr, Wolfgang Schäuble auf Helmut Kohl für eineinhalb, Annegret Kramp-Karrenbauer auf Angela Merkel für zwei. Nach den drei großen Kanzlerschaften, die in der CDU immer mit mindestens ebenso langen Zeiten im Parteivorsitz einhergingen, tut sich die Partei wieder schwer, die personellen Weichen an der Spitze organisch und für eine gewisse Dauer zu stellen. In einer Zeit, in der Politik immer stärker über Personen definiert wird, wiegt das umso schwerer.

Nun also der zweite Anlauf. Anders als vor zwei Jahren, liegt diese Vorsitzendenwahl nur wenige Monate vor der nächsten Bundestagswahl. In den Augen der Öffentlichkeit wird damit auch über einen möglichen Kanzlerkandidaten entschieden. Die Union geht zugleich und erstmalig seit 1949 trotz der Führung der Regierung durch die eigene Partei nicht mit dem Bonus des Amtsinhabers in die Wahl. Das macht die Personalentscheidung so einzigartig. Partei und Öffentlichkeit haben damit keine Erfahrung.

In dieser Konstellation liegen Chancen und Risiken dicht beieinander. Die Bevölkerung und auch die Union haben sich über zwei Jahrzehnte an Angela Merkel als Parteivorsitzende und, fast ebenso lang, als Bundeskanzlerin gewöhnt. Einer Gesellschaft, die Veränderungen nicht mag, fällt der Gedanke schwer, dass diese Zeit im nächsten Jahr unwiderruflich zu Ende geht. Jede Nachfolgerin und jeder Nachfolger steht zunächst im Schatten von Angela Merkel, und muss doch daraus hervortreten. Angela Merkel selbst hat die Zeit nach Helmut Kohl mit einem tiefen Bruch, ja mit einem völligen Zerwürfnis begonnen, ausgelöst mit ihrem Namensbeitrag als damalige Generalsekretärin der CDU in dieser Zeitung am 22. Dezember 1999. Anlass war die Parteispendenaffäre, aber in Wahrheit steckte mehr dahinter: „Die CDU muss laufen lernen“ war der Kerngedanke, den sie damals formulierte, ebenfalls nach einer langen Regierungszeit der Union.

Heute bleibt der CDU eine solche Affäre erspart. Angela Merkel hat die Partei solide und skandalfrei durch die Jahre geführt. Und doch muss die CDU nun wieder einmal „laufen lernen“, sie muss auf dem Fundament des Bestehenden Ideen für die Zukunft des Landes entwickeln, die für das vor uns liegende Jahrzehnt tragfähig sind. Ein einfaches „Weiter so“ reicht dafür nicht aus. Die Herausforderungen zu Beginn der 2020er Jahre sind andere als im Jahr 2000. Auch Dankbarkeit für das Erreichte wird bei der Bundestagswahl im nächsten Jahr keine Rolle spielen. Wir stehen vor einer neuen Begründungsnotwendigkeit unserer Politik, ja vor der Notwendigkeit, Teile unserer Politik selbst für die Zukunft neu zu formulieren. Blaupausen aus der Vergangenheit gibt es dafür nur wenige. Oder um es mit Alexis de Toqueville zu sagen: „Wenn die Vergangenheit die Zukunft nicht mehr erhellt, dann tappt der Geist im Dunkeln.“

Die Partei spürt das Ausmaß dieser Herausforderung in den letzten Monaten immer stärker, und Corona hat zusätzliche Unsicherheiten ausgelöst. Einmal mehr zeigen sich die Regelungen des Grundgesetzes für unsere Parteiendemokratie auch in dieser Lage als klug und passgenau: Artikel 21 weist den Parteien wegen ihrer zentralen Bedeutung für eine gelingende Demokratie eine herausgehobene Stellung zu. Die Parteien sollen bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken. Sie nehmen unterschiedliche Interessen auf, entwickeln Lösungen und stellen sie zur Diskussion. Indem sie sich positionieren und dies nachvollziehbar begründen, übernehmen sie im Verfassungsstaat der Bundesrepublik eine wichtige Führungsaufgabe. Sie tun das nach den Vorgaben des Grundgesetzes auf dem Boden innerparteilicher Demokratie.

Gerade in Umbruchzeiten kann daraus eine große Kraft entstehen. Deshalb ist der Wettbewerb um die besten Ideen und die Möglichkeit zur demokratischen Auswahl zwischen mehreren Kandidaten nicht nur legitim und notwendig. Dieser Wettbewerb ist unverzichtbar. Und es gibt in der politisch interessierten Öffentlichkeit nach meiner Beobachtung gerade in den letzten Wochen zugleich ein großes Bedürfnis nach Erklärung, nach Antworten und nach politischer Führung. Diesem Anspruch muss die CDU und vor allem ihr zukünftiger Vorsitzender gerecht werden.

Dieser Vorsitzende sollte auch noch in diesem Jahr gewählt werden. Corona schränkt das öffentliche Leben ein, vor allem Zusammenkünfte größerer Menschengruppen sollen und müssen vermieden werden. Das gilt grundsätzlich natürlich auch für politische Parteien. Sie nehmen insoweit keine Sonderstellung ein. Aber ein Wahlparteitag und die Vorbereitung der nächsten Bundestagswahl ist keine Party, kein Oktoberfest und kein Fußballspiel. Parteien und ihre Zusammenkünfte sind konstitutiver Bestandteil unserer Verfassungsordnung. Auch das Land kann in der Krise nicht allein per Verordnung geführt werden. Parlamentarische Entscheidungen sind in unserer Demokratie ebenso unabdingbar wie Wahlen in den politischen Parteien.

Die Herausforderungen, vor denen die CDU als Partei steht, korrespondieren mit den Herausforderungen, vor denen unser Land steht. Die Welt um uns herum verändert sich in einem rasanten Tempo. Die Veränderungsprozesse zu erklären, bleibt für die nächsten Jahre eine der wichtigsten Führungsaufgaben der Politik in Deutschland. Führung heißt zunächst, komplexe Sachverhalte darzulegen, sie auf einen verständlichen Kern zu reduzieren und dann daraus die richtigen Schlussfolgerungen für das Land zu ziehen. Die Mehrheit der politisch interessierten Menschen in Deutschland erwartet dies von der Politik, und sie ist dann auch bereit, anspruchsvolle Lösungen mitzutragen.

Anspruchsvoll an uns selbst müssen wir in der Tat sein. Die deutsche Einheit, die wir vor einigen Wochen so dankbar gefeiert haben, und die Überwindung der Teilung Europas vor 30 Jahren waren nicht das „Ende der Geschichte“, sondern nur der Abschluss eines Kapitels. Wir sind Zeitzeugen des Beginns eines ganz neuen Kapitels unserer Geschichte, und wir müssen einräumen, dass wir uns vor 30 Jahren gründlich geirrt haben: Der Siegeszug von Demokratie und Marktwirtschaft um die ganze Welt nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes und des Sozialismus im Osten hat nicht stattgefunden.

Stattdessen sehen wir uns konfrontiert mit einer immer größer werdenden Zahl von autoritären politischen Systemen, mit religiösem Fanatismus in der islamischen Welt und mit einer zunehmend dysfunktionalen Demokratie in den USA. Zugleich sind wir uns in der Europäischen Union offenbar nicht mehr einig über die Grundlagen unserer freiheitlichen Ordnung. Und zu allem Überfluss verlässt zum Ende des Jahres mit Großbritannien die zweitgrößte Volkswirtschaft und ein wichtiger Partner die Europäische Union.

Diese Lage verlangt nach einer strategischen Neuausrichtung der deutschen und europäischen Politik. Selbst wenn Joe Biden in wenigen Tagen zum 46. Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt werden sollte, ändert sich an dieser Notwendigkeit allenfalls graduell etwas, grundsätzlich bleibt die Aufgabe bestehen. Amerika wird seine Interessen in Zukunft weiter in den Vordergrund stellen, und die Volksrepublik China wird versuchen, überall dort ein entstehendes Vakuum zu füllen, wo sich die Vereinigten Staaten zurückziehen. Die Kommunistische Partei Chinas verfolgt mit dem Seidenstraßenprojekt ein strategisch-imperiales Ziel und besetzt zugleich mit einer geschickten Personalpolitik wichtige Positionen, die vor allem von den USA in den internationalen Organisationen nicht mehr eingenommen werden.

Europa ringt derweil um seine eigene Rolle in der Welt, das Maß an Geschlossenheit verharrt weit unterhalb der Schwelle einer irgendwie gearteten globalen Relevanz. Die Friedensdividende von 1990 ist verbraucht, und zwar politisch und militärisch. Die Welt des 21. Jahrhunderts wird weiter geprägt sein von den Vereinigten Staaten von Amerika, vor allem von ihrer technologischen Führung, von der Volksrepublik China, vor allem von ihrem Dominanzstreben im asiatisch-pazifischen Raum, und – wenn denn gewollt und erreichbar – der Europäischen Union. Die entscheidende Frage an uns Europäer lautet also: Wollen wir die Rolle eines globalen Spielers politisch und ökonomisch einnehmen, und, wenn ja, können wir das überhaupt?

Unsere Antwort auf diese Frage wird über weitaus mehr entscheiden als „nur“ über den Erhalt unseres Wohlstands, so wichtig dieser für uns ist. Es geht auch und vor allem darum, ob unsere westlichen, liberal-demokratischen Wertevorstellungen, ob die Werte der Aufklärung die prägende Kraft wenigstens unseres europäischen Kontinents bleiben, ob wir – wenn möglich wieder stärker mit den USA zusammen – die offenen, pluralistischen Gesellschaften des Westens bleiben, oder ob wir in den Sog populistischer, fremdenfeindlicher und letztendlich autoritärer politischer Systeme hineingeraten, die sich selbst allenfalls noch als „illiberale“ Demokratien bezeichnen mögen.

Dass dies eine reale Gefahr ist, sehen wir nicht nur in unserer europäischen Nachbarschaft. Auch in Deutschland haben wir in jüngerer Vergangenheit erfahren müssen, welche Faszination autoritäre Regime offenbar auf AfD und Linkspartei ausüben, wie die Verrohung der politischen Sprache mit einer zunehmenden, politisch motivierten Gewalttätigkeit von rechts und links einhergeht.

Viel Zeit zur Gewöhnung an diese neue, ruppige Welt bleibt uns nicht mehr. Die Abhängigkeiten, die die großen Wirtschaftsräume Europa, die USA und China in den letzten Jahrzehnten eingegangen sind, sind gegenseitig, aber die jeweils schwächere Position hatte und hat zumeist die Europäische Union – sicherheitspolitisch gegenüber den Vereinigten Staaten, wirtschaftlich gegenüber China und anderen Wachstumsregionen der Welt. Es geht

jetzt darum, die Europäische Union politisch leistungsfähiger und unabhängiger zu machen. Auch nach Corona bleiben Digitalisierung und Globalisierung die Treiber des Weltgeschehens. An die Digitalisierung müssen wir Anschluss finden, auch mit europäischen Unternehmen, die Globalisierung müssen wir gestalten, auch in ihrer Ausrichtung auf umfassende Nachhaltigkeit.

Wir Deutschen tragen dabei eine besondere Verantwortung. Wir haben ein existenzielles Interesse am Gelingen der Europäischen Union und sind der zentrale Akteur, dessen Verhalten über das Schicksal unseres Kontinents mitentschieden wird. Die CDU hat als die prägende politische Kraft der Nachkriegsgeschichte den bisherigen Erfolg Europas maßgeblich gestaltet. Wir waren immer die große deutsche Europapartei, wir sind die einzig verbliebene, christdemokratische Volkspartei in Europa. Daher kommt der Wahl unseres neuen Vorsitzenden und mehr noch der Bundestagswahl eine weit über die Grenzen unserer Partei und unseres Landes hinausreichende Bedeutung zu.

Dieser neuen Verantwortung, die sich uns in neuer Zeit stellt, können wir nur gerecht werden, wenn wir uns auch den innenpolitischen Herausforderungen stellen, um das Land stark zu machen. Wir haben einige Jahre guten wirtschaftlichen Wachstums hinter uns. Begünstigt war dies allerdings durch ein „demografisches Zwischenhoch“, in dem die geburtenstarken Jahrgänge mitten im Erwerbsleben standen. Die eigentlichen Herausforderungen des demografischen Wandels für unseren Wohlstand und unsere Sozialsysteme stehen uns erst noch bevor. Schlüsselbranchen wie die Automobilindustrie, der Maschinenbau, die chemische Industrie, die Energiewirtschaft und viele andere sehen einem massiven Strukturwandel entgegen, doppelt angetrieben durch klimapolitische Weichenstellungen und die Digitalisierung, die eine erhebliche Veränderung der Wertschöpfungsanteile mit sich bringt. „Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts“ – dieses Wort von Karl Schiller gilt auch heute. Deutschland muss ein wettbewerbsfähiger Industriestandort bleiben, sonst gelingen uns alle weiteren Aufgaben nicht, die vor uns liegen.

Den wirtschaftlichen Erfolg und damit einhergehend die politische Stabilität unseres Landes verdanken wir der Sozialen Marktwirtschaft. Unsere Wirtschaftsordnung ist nie ein beliebiges, austauschbares wirtschaftspolitisches Modell gewesen. Sie war immer auch eine gesellschaftspolitische Ordnung „jenseits von Angebot und Nachfrage“. Heute gilt es, diese marktwirtschaftliche Ordnung ökologisch zu erneuern und nachzuweisen, dass Wirtschaft und Umwelt, Wohlstand und Klimaschutz, Ökonomie und Ökologie sehr wohl zusammenpassen, ja, dass erfolgreiche Umweltpolitik nur mit der Marktwirtschaft geht und nicht ohne oder gar gegen sie. Die CDU hat im Europawahlkampf 2019 die Deutungshoheit über den Klimaschutz an die Grünen verloren. Das darf sich 2021 im Bundestagswahlkampf nicht wiederholen. Neben den bereits erreichten Erfolgen des Klimaschutzes mit marktwirtschaftlichen Instrumenten müssen wir in der Umweltpolitik ein noch klareres Profil erarbeiten, um diesen Kompatibilitätsnachweis zu erbringen, vor allem gegen alle, die das „System“ überwinden wollen.

Die vergangenen zwei Jahrzehnte waren durch eine rasche Abfolge von Großkrisen geprägt. Zupackendes Handeln hat dazu geführt, dass das Vertrauen der Bevölkerung in unsere politische Führung, vor allem in die Union und die Bundeskanzlerin, in den Krisen überwiegend sehr groß war. Zugleich ist der Staat dabei immer mehr in die Rolle eines Rückversicherers für alle gesellschaftlichen Risiken geraten. Die Konjunktur- und Unterstützungspakete mussten in

jeder Krise größer werden, um immer noch ein weiteres Zeichen staatlicher Handlungsfähigkeit zu setzen. Dabei ist es eine gut eingeübte Zielformulierung geworden, aus einer Krise besser herauszukommen als wir in sie hineingegangen sind. Wir sollten uns gleichwohl fragen, ob wir dafür wirklich genug und vor allem das Richtige tun. Ist die Politik noch in der Lage, zwischen den Krisen die Weichen in Richtung Widerstands- und Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft zu stellen? Reichen unsere Anstrengungen etwa in der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, des Gesundheitswesens und des Bildungswesens wirklich aus? Sind unsere Bildungssysteme bundesweit so leistungsfähig, dass wirklich jeder hinreichend gute, an seinen Begabungen orientierte Chancen ergreifen kann? Ist es ein Zeichen nachhaltiger Politik, wesentliche Innovationsprojekte wie die Wasserstoffstrategie erst im Rahmen von Krisenpaketen und begrenzt auf die „grüne“ Wasserstofftechnologie ernsthaft anzugehen?

Mehr noch: Können wir uns sicher sein, dass die Krisenbekämpfungsmaßnahmen nicht ungewollt die Risiken für den Eintritt weiterer Krisen erhöhen? In einer Phase großer akuter Unsicherheit tut die Politik gut daran, zur Beruhigung und Stabilisierung beizutragen. Sie muss aber auch die Kraft aufbringen, die eingesetzten Instrumente immer wieder auf ihre Zukunftsfähigkeit hin zu überprüfen. Auch wirtschafts- und finanzpolitisch, im Arbeitsmarkt und in den Sozialsystemen müssen wir so bald wie möglich in den ordnungspolitischen „Normal“zustand zurückkehren, um die Themen der Zukunft anzupacken.

Zu den dringlichen Themen im Normalzustand gehört für mich vor allem ein neuer Generationenvertrag. Die Rückkehr zum Regelwerk der Schuldenbremse, die Einhaltung der Klimaziele, die Gleichstellung von beruflicher und akademischer Bildung, die deutliche Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gleich gute Chancen für Frauen im Arbeitsmarkt, eine Innovations- und Gründungsinitiative für neue Unternehmen und eine verbesserte Vermögensbildung für die junge Generation sind Aufgaben, die die Politik in Deutschland mutig angehen muss. Wir sind es unseren Kindern und Enkelkindern schuldig.

Wir lassen uns dabei vom christlichen Menschenbild leiten. Für uns Christdemokraten steht der Mensch als Individuum im Mittelpunkt, nicht das Kollektiv. Nach wie vor sind in der Union viele Menschen tätig, die ihren christlichen Glauben praktizieren und zur Richtschnur ihres politischen Handelns machen. Es ist trotzdem kein Widerspruch, dass wir auch Männer und Frauen einladen, an unserer politischen Arbeit teilzunehmen, die sich zum jüdischen Glauben oder zum Islam bekennen, oder auch solche, die sich keiner Religion verbunden fühlen, vorausgesetzt, sie teilen den Respekt vor der unveräußerlichen Würde eines jeden Menschen. So leben wir Diversität aus einem Menschenbild heraus, das uns vertraut ist.

Der Vorrang des Individuums vor dem System, das Leben in eigener Verantwortung und Solidarität vor allem in der persönlichen Hinwendung von Mensch zu Mensch, der Aufbau einer Gesellschaft von unten nach oben, mit einem klaren Vorrang der kleinen Einheiten, sind prägende Elemente unserer ordnungspolitischen Vorstellungen. Subsidiarität ist nicht nur ein Organisationsprinzip. Sie ist auch Ausdruck einer Weltanschauung, die den einzelnen Menschen in seiner Würde und seinen Bedürfnissen in den Mittelpunkt allen politischen Bemühens stellt und nicht das Kollektiv, dem sich jeder Einzelne unterzuordnen hat.

Die Prozesse des Wandels muten vielen Menschen vieles zu. Das gilt in ganz besonderem Maße für die Menschen in den ostdeutschen Ländern, die seit 30 Jahren einen

kontinuierlichen Umstellungsprozess durchlaufen und sich viel mehr umgestellt haben als die meisten Menschen in den westdeutschen Ländern es je tun mussten. Joachim Gauck hat zu Recht immer wieder darauf hingewiesen, dass die Menschen in Ostdeutschland nicht nur eine Diktatur, sondern zwei erleben mussten. Es war nicht eine Generation, sondern es waren gleich drei, die um Lebenschancen gebracht wurden. Es waren nicht 13 Jahre, sondern fast 60. Solche Erfahrungen prägen eine Gesellschaft, und deshalb bleibt es noch so viele Jahre wichtig, den Prozess des Zusammenwachsens unseres Landes zu gestalten, und zwar von beiden Seiten aus. Parteipolitisch bedeutet dies für uns: Als reine Kopie des Westens wird die CDU im Osten nicht wieder zur stärksten politischen Kraft. Die CDU als Ganzes muss den Menschen in den ostdeutschen Ländern noch besser zuhören, um sie wirklich zu verstehen. Zugleich gilt: Eine Zusammenarbeit mit AfD oder Linkspartei in den Parlamenten der Länder kommt nicht in Frage. Die klare und eindeutige Abgrenzung gegen die AfD ist dabei auch historisch etwas anderes als die ebenso richtige Unvereinbarkeit einer Zusammenarbeit mit der Linkspartei. Beides muss – wenn auch unterschiedlich – gut begründet werden.

Die CDU darf nicht angstgetrieben agieren. Sie muss wieder Freude an konstruktiven innerparteilichen Diskussionen entwickeln. Sie muss offen sein für die Themen der Zeit, die manchmal erst von außen an sie herangetragen werden. Sie muss deutlich machen, dass christliche Demokraten keineswegs gegen den Wandel sind. Im Gegenteil, wir sind aufs Engste mit dem unaufhaltsamen, stetig voranschreitenden Wandel unserer Zeit verbunden und wollen ihn aktiv gestalten. Wir wollen das, was sich bewährt hat, bewahren, den Menschen damit die Angst nehmen und ihnen Sicherheit geben. Wir tragen unsere Lösungsvorschläge ohne Absolutheitsanspruch auf letzte Wahrheiten vor. Als liberale, soziale und konservative Partei haben wir die Gelassenheit, Widerspruch zu ertragen, und wir verstehen, dass Fortschritt das Ergebnis eines Prozesses ist, in dem unterschiedliche Interessen ausgeglichen werden müssen. Kennzeichen konservativer Politik ist zudem eine nachhaltige Führung der Regierungsgeschäfte. Eine kontinuierliche Investitions- und Innovationspolitik, die Begrenzung der Staatsverschuldung, die Bewahrung der Schöpfung, all das sind konservative Themen. Wir „demobilisieren“ nicht unsere Gegner, wir stellen uns der kontroversen Debatte und bewahren die Formen und den Anstand im Umgang miteinander.

Die Fähigkeit zur eigenen Modernisierung in der Partei ist eine Voraussetzung dafür, die Kraft entfalten zu können, um unserer Rolle als maßgebender politischer Instanz unseres Landes gerecht zu werden. Das hat schon Helmut Kohl bei der Übernahme des Parteivorsitzes erkannt – und umgesetzt. Auch heute gilt: Die eigene Reformbereitschaft verleiht uns die Glaubwürdigkeit, die Anstrengungen von der ganzen Gesellschaft einzufordern, die notwendig sein werden, um die Aufgaben, die vor uns liegen, zu meistern. Wir müssen verlässlich, offen und mutig sein, um Deutschland und Europa sicher in das schon fortgeschrittene 21. Jahrhundert zu führen.

[Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. Oktober 2020](#)